

RV Masemann weist auf die von der Fraktion „Freie Bürger“ zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten Anträge hin.

Anschließend übergibt er die Sitzungsleitung an den stellv. Ratsvorsitzenden Reents.

In seiner Funktion als Vorsitzender des „Ausschusses für Schule, Jugend und Sport“ teilt **RM Masemann** mit, dass dem Fachausschuss die Aufnahme einer klaren Regelung zur jährlichen Überprüfung der Kostenbeteiligung sowie die Festlegung einer Kündigungsfrist besonders wichtig waren. Da der vorliegende Vertragsentwurf diese Regelungen beinhaltet und künftig eine finanzielle Verbesserung für die Stadt erreicht werden kann, habe der Ausschuss mehrheitlich empfohlen, dem Vertragsabschluss zuzustimmen. **RM Masemann** bittet die Ratsmitglieder, der vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen.

Der **stellv. RV Reents** übergibt die Sitzungsleitung wieder an **RV Masemann**.

RM Bruns erklärt, dass für ihn als Angestellter des Landkreises Friesland das gesetzliche Mitwirkungsverbot gilt und er an der Beratung und Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 7.1 einschließlich Unterpunkten nicht mitwirken wird.

RM Kasig führt aus, dass es bis zur heutigen Vorlage des Vertragsentwurfes ein politisch langer Weg war und nunmehr die bereits von **RM Masemann** erläuterten Änderungen bzw. Ergänzungen aufgenommen wurden. In den Verhandlungen seien Kompromisse gefunden worden, so dass zwischenzeitlich fast alle Nachbarkommunen und der Landkreis diesem Vertragswerk zugestimmt haben. Auch die SPD-FDP-Gruppe werde dem Beschlussvorschlag heute zustimmen.

Die Fraktion „Freie Bürger“ findet es grundsätzlich gut, wenn der Landkreis Friesland sich mit 50 % an den Kosten beteiligt. Jedoch werde eine Beteiligung in dieser Höhe nicht erreicht, so **RM Just**, weil die Stadt nur 2,135 Mio. erhalten wird, ihre Kosten aber bei 5,5 bis 6,0 Mio. liegen. Er merkt an, dass sich eine Differenz zur ursprünglichen Forderung von fast 1,00 Mio. Euro ergibt.

Bisher sei die Fraktion „Freie Bürger“ davon ausgegangen, dass bei Abgabe der Kindertagesstätten an den Landkreis Friesland die Kosten entsprechend zu tauschen wären. Bei einem jährlichen Zuschuss von 2,135 Mio. Euro an den Landkreis Friesland würde sich für die Stadt Schortens dann ein jährlicher finanzieller Vorteil von 1,4 Mio. Euro ergeben, was sich - ohne Einbußen - sehr positiv auf die Schuldenentwicklung auswirken würde.

Daher ist **RM Just** sehr irritiert über die heutige Pressemitteilung des Landkreises Friesland, wonach sich die Kostensituation der Stadt Schortens bei einer Abgabe der Kindertagesstätten an den Kreis nicht verändern würde. Er hält es für dringend notwendig, die Bedingungen für die Kommunen zu klären, die ihre Kindertagesstätten nicht selbst betreiben. Den Antrag zur Abgabe der Kindertagesstätten an den Kreis stellt seine Fraktion bis nach der Klärung dieser Frage zurück.

Da auch die Vertragsunterzeichnung nach Ansicht der Fraktion „Freie Bürger“ erst nach Vorliegen dieser Kostenangaben erfolgen sollte, beantragt sie ergänzend, den vorliegenden Beschluss unter Vorbehalt zu fassen.

Weiter führt RM Just aus, dass die Stadt Schortens bei Anwendung des derzeitigen Verteilungsschlüssels des Äquivalenzmodells erheblich benachteiligt und im Grunde genommen dafür bestraft wird, dass sie besonders viele Betreuungsstunden und Ganztagsplätze anbietet. Seine Fraktion beantragt daher mit einer Zusatzklärung zum Beschluss zum Ausdruck zu bringen, dass die Stadt mit diesem Verteilungsschlüssel nicht einverstanden ist.

Nach Ansicht von **BM Böhling** ist nach langer Verhandlung ein grundsätzlich gutes Ergebnis erzielt worden. Für die Stadt Schortens wird sich dadurch für das nächste Jahr eine finanzielle Verbesserung von ungefähr 2,1 Mio. Euro ergeben sowie eine jährliche Kündigungsmöglichkeit. Zum Redebeitrag des RM Just gibt er zu bedenken, dass sich die Platzverhältnisse (Ganztagsplätze) ständig verändern und sich damit auch die Kostensituation für die Stadt Schortens bei Anwendung dieses Modells in zwei, drei Jahren möglicherweise ganz anders darstellen könnte. Er bittet die Ratsmitglieder, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

RM Ottens erklärt, dass diese Verhandlungen aus der seinerzeitigen „Arbeitsgruppe Haushalt“ des Rates angeschoben wurden und die von RM Just geäußerten Bedenken daher nicht ganz von der Hand zu weisen sind. Im Ergebnis der Verhandlungen liege nunmehr ein Vertrag vor, der Rechtssicherheit und damit eine vernünftige Basis für die Zukunft biete. Er spricht sich für die Unterzeichnung des Vertrages und Klärung der von der Fraktion „Freie Bürger“ geäußerten Fragen aus.

RM Homfeldt erklärt, dass sich durch den Vertrag eine finanzielle Verbesserung für die Stadt Schortens ergibt und dies ein Schritt in die richtige Richtung darstellt. Jedoch dürfe man dabei nicht vergessen, dass die Stadt künftig 5 Punkte mehr Kreisumlage zahlen muss und die den Kommunen zugesicherten 1,8 Mio. Euro für die Kinderbetreuung mit der Kreisumlage verrechnet und nicht mehr fließen werden. Damit würde sich die Kreisumlage auf fast 7 Punkte erhöhen. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag daher mit Bauchschmerzen zustimmen.

Die von RM Just geäußerten Bedenken sind nach Ansicht der CDU-Fraktion berechtigt und daher kann sie sich der beantragten Protokollnotiz anschließen.

RM Homfeldt weist darauf hin, dass der Beschluss nicht unter Vorbehalt gefasst werden kann, zumal auch die anderen Kommunen jetzt über den Vertrag beschließen und diesen unterzeichnen möchten, um Planungssicherheit zu erhalten.

BM Böhling gibt den rechtlichen Hinweis, dass der Vertrag nicht zustande kommt, wenn eine Protokollnotiz zum Vertrag beschlossen wird, weil der Kreistag einen anderslautenden Beschluss gefasst hat.

Auf Nachfrage des Bg. Homfeldt betätigt BM Böhling, dass der Rat eine separate Erklärung beschließen kann, die aber nicht Bestandteil des Vertrages sein darf.

RM Just spricht sich dafür aus, eine separate Erklärung zu beschließen und ändert den Antrag seiner Fraktion entsprechend.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Anträge der Fraktion „Freie Bürger“.

1. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 17.02.2022 zur Fassung einer separaten Zusatzerklärung (Protokollnotiz) zum KiTa-Vertrag (**AN-Nr. 21/0024/1**)

Die Stadt Schortens bringt durch eine separate Erklärung (Protokollnotiz) zum KiTa-Vertrag zum Ausdruck, dass sie den Verteilungsschlüssel für den 50%igen Kreiszuschuss zu den KiTa-Kosten, Verteilung nach „Äquivalenzmodell“, weder als gerecht im Sinne der Gleichbehandlung noch als zielführend ansieht.

Dem Antrag wird mit 17 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen zugestimmt.

2. Antrag der Fraktion "Freie Bürger" vom 17.02.2022, die Zustimmung zum KiTa-Vertrag unter einen Vorbehalt zu stellen (**AN-Nr. 21/0024/2**)

Der Antrag wird bei 3 Ja-Stimmen und 28 Nein-Stimmen abgelehnt.